Aus dem Ortsgemeinderat

Am 27.10.2011 fand in Jünkerath, Sitzungssaal Rathaus, unter Vorsitz von Ortsbürgermeister Rainer Helfen eine öffentliche und anschließend nichtöffentliche Sitzung des Ortsgemeinderates der Ortsgemeinde Jünkerath statt.

Aus der öffentlichen Sitzung:

Verpflichtung eines Ratsmitgliedes

Sachverhalt:

Gemäß § 30 der Gemeindeordnung (GemO) verpflichtet der Ortsbürgermeister die Ratsmitglieder vor ihrem Amtsantritt in öffentlicher Sitzung namens der Ortsgemeinde durch Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Pflichten.

Die Ratsmitglieder üben ihr Amt unentgeltlich nach freier, nur durch die Rücksicht auf das Gemeinwohl bestimmter Gewissensüberzeugung aus; sie sind an Weisungen oder Aufträge ihrer Wähler nicht gebunden.

Soweit sie in einem Dienst- oder Arbeitsverhältnis stehen, unterliegen die Ratsmitglieder dem besonderen Kündigungsschutz des § 18 a IV GemO; ihnen ist auf Antrag die zur Wahrnehmung ihres Mandates notwendige freie Zeit zu gewähren.

Die Ratsmitglieder sind Inhaber eines Ehrenamtes. Die Übernahme eines Ehrenamtes beinhaltet die Pflicht zur gewissenhaften Erfüllung der Amtspflichten. Die förmliche Verpflichtung durch den Bürgermeister durch Handschlag bedeutet eine formale Bekräftigung dieser Pflicht.

Die Pflichten der Ratsmitglieder ergeben sich insbesondere aus:

- * § 20 GemO, Schweigepflicht
- * § 21 GemO, Treuepflicht
- * § 22 GemO, Ausschließungsgründe sowie
- * § 30 GemO, Rechte und Pflichten der Ratsmitglieder.

Verweigert ein Ratsmitglied den förmlichen Akt der Verpflichtung durch Handschlag, so gilt dies als Verzicht auf den Amtsantritt. Damit ist nicht der Verzicht auf das Mandat verbunden. Ist ein Ratsmitglied erneut gewählt worden, ist gleichwohl eine erneute Verpflichtung vorzunehmen.

Auf Grund von beruflich bedingter häufiger Abwesenheit von Jünkerath kann Frau Ulrike Erb-May an der Mehrzahl der Ratssitzungen nicht teilnehmen und legte deswegen ihr Mandat im Ortsgemeinderat Jünkerath nieder. Der als nächstes nichtberufenen Bewerber der SPD, Herr Franz Josef Simonis hat das Mandat angenommen. Herr Simonis wurde über seine Wahl in den Ortsgemeinderat der Ortsgemeinde Jünkerath benachrichtigt und hat das Mandat angenommen.

Unter Hinweis auf die entsprechenden Bestimmungen der Gemeindeordnung wurde Franz Josef Simonis durch Ortsbürgermeister Rainer Helfen durch Handschlag verpflichtet. Gleichzeitig wurde ihm ein Kommunalbrevier ausgehändigt.

Mitteilungen

Masterplan Bahnanlagen Jünkerath

Im Laufe des Planungsverfahrens hat die DB-AG das Abgrenzungsverfahren, welches für die Gesamtfinanzierung wichtig ist erstellt.

Seitens der Ortsgemeinde gibt es noch Nachverhandlungsbedarf bezgl. der Grenzverläufe und den unterschiedlichen Kostenträgern.

Die Bundesrepublik Deutschland zahlt nur Investitionen, die auf Bundeseigentum errichtet werden. Die Zuwegungen zur Bahnstation werden über das Land Rheinland-Pfalz im Rahmen des Gemeindeverkehrs-finanzierungsgesetzes (GVFG) gefördert und abgegolten. Die Restflächen wie Park&Ride Anlagen müssen von der Ortsgemeinde finanziert werden. Da es jedoch hier noch Abstimmungsbedarf gibt, ist dieses Abgrenzungsverfahren noch nicht abgeschlossen.

Die weiterhin wichtigen Streckendaten der Bahnhofsgleise, liegen zwischenzeitlich seitens der DB-AG vor. Die fahrdynamische und oberbautechnische Prüfung wurde im Hinblick auf die neuen Züge, die ab 2013 auf der Eifelstrecke fahren werden, abgeschlossen. Damit liegen nun alle relevanten Daten für die Planung vor.

Brückenprüfungen in Jünkerath

In der Sitzung des Gemeinderates vom 10.02.2010 wurde die externe Brückenprüfungen für den Glaadter Tunnel und die Brücke über die Eisenbahn in Glaadt durch die DEKRA beschlossen.

Beide Bauwerke wurden in diesem Jahr, im Zeitraum von Juni bis September geprüft. Die Ergebnisse seitens der DEKRA liegen vor und bescheinigen für beide Brücken mit der Zustandsnote 2,4. Bestimmte Arbeiten, wie Bewuchs entfernen und die Geländerreparatur werden in Kürze durchgeführt. Weitere Anregungen, die mittelfristig zu erledigen sind, werden geprüft und veranlasst.

Beide Prüfungen waren mit 8.264,55 € veranschlagt.

Die Rechnung vom 07.10.2011 liegt vor. Die Kosten betragen nunmehr 11.096,82 €. Die Fa. DEKRA hat ihr Kostenangebot gehalten. Vertraglich wurde vereinbart, dass die Kosten Dritter, als Durchlaufposten gerechnet werden. Die Mehrkosten sind durch die Gestellung von Sicherungspersonal der Bahn und die Fahrzeugkosten der Fa. Balter entstanden.

Jährliche Kontrollpachtbegehung im Gedächtniswald

Die diesjährige Pachtbegehung erfolgte am 17.10.2011.

Nachdem der erste Friedhofsabschnitt im 3. Jahr sich selbst überlassen ist, bestätigte sich die Feststellung der letzten Pachtbegehung, dass Pflegemaßnahmen unabdingbar sind.

Es wurde festgelegt, in welchem Umfang dies zu erfolgen hat.
Bestimmte Maßnahmen können sofort angegangen werden.
Mit der Kreisverwaltung Vulkaneifel muss jetzt die bestattungsrechtliche Genehmigung geändert und der Pachtvertrag angepasst werden.
Das Erlösverfahren für das anfallende Holz muss im Detail festgelegt werden.

Mühlengraben in Glaadt

Am 01.08.2011 hat die Ortsgemeinde den Sachstand bei der DB-AG in Frankfurt erneut abgefragt. Angeblich ist die DB-AG hier nicht zuständig, sondern das Bundeseisenbahnvermögen in Saarbrücken.

Bereits am 23.09.2010 teilte das Bundeseisenbahnvermögen der Bahn mit, dass sie hier zuständig ist. Seit dieser Zeit gab es keinen weiteren Schriftverkehr mehr. Die Verbandsgemeinde wurde seitens der Ortsgemeinde gebeten rechtliche Schritte zu prüfen.

Bebauungsplan Westliche Gewerkschaftsstraße

Seit dem 24.08.2011 liegt der Entwurf des B-Planes vor. Das schalltechnische Gutachten fehlt noch.

Sobald das Gutachten vorliegt, werden die weiteren Verfahrensschritte mit den Planungsbüros abgestimmt.

Der Gemeinderat wird sich in einer der nächsten Sitzungen mit der Genehmigung des B-Plans befassen.

Forstwirtschaftsplan 2011 - Beratung und Beschlussfassung

Sachverhalt:

Zuerst gaben die Vertreter der Forstverwaltung einen Überblick über den aktuellen Vollzug des Forstwirtschaftsplanes 2011.

Anschließend wurde der Entwurf des Forstwirtschaftsplanes für das Jahr 2012 vorgestellt und im Detail erläutert.

Danach sind Einnahmen geplant in Höhe von 33.422 € und Ausgaben in Höhe von 32.287 €, sodass nach der Planung ein Überschuss in Höhe von 1.135 € erwartet wird.

Zudem wurde über die Festlegung der Brennholzpreise beraten. Bisher gilt folgende Regelung:

Laubholz: 50,00 €/fm = lang am Weg gerückt,

30,00 €/fm ungerückt im Bestand,

Verhandlungen mit Revierleiter/Ortsbürgermeister.

Nadelholz: Verhandlungen mit Revierleiter/Ortsbürgermeister

Beschluss:

Nach ausführlicher Beratung beschließt der Ortsgemeinderat den Forstwirtschaftsplan für das Jahr 2012.

Die Brennholzpreise werden wie folgt geändert:

Initiative Pate werden von einem Stück Jünkerath

Sachverhalt:

Zwei Bürger von Jünkerath reichten einen Vorschlag ein, eine Initiative ins Leben zu rufen, um mehr ehrenamtliche Helfer für bestimmte Aufgaben im Ort zu mobilisieren.

Da diese Idee bereits seit vielen Jahren in Teilbereichen praktiziert wird, schlägt der Vorsitzende vor, die vorgetragene Initiative aufzunehmen und umzusetzen.

Sie soll folgenden Namen tragen: "Werden Sie Pate von einem Stück Jünkerath"

In Vorbereitung zu dieser Sitzung ist durch den Vorsitzenden ein Flyer entworfen worden, um diese Initiative zu werben.

Beschluss:

Der Ortsgemeinderat unterstützt grundsätzlich diese Idee und Initiative.

Sie soll auf der Internetseite www.juenkerath.de und im Mitteilungsblatt beworben werden.

Zudem sollen 1000 Flyer zur Auslage in den Jünkerather Geschäften/Organisationen gedruckt werden.

Zuschuss an den Schützenverein, Abtlg. Bogensport

Sachverhalt:

Die Schützengesellschaft Jünkerath, Abteilung Bogensport, stellte am 20.09.2011 einen Antrag auf Bezuschussung durch die Ortsgemeinde Jünkerath.

Bereits im zweiten Jahr wurde die Anfrage auf Nutzung der Turnhalle Jünkerath zu Trainingszwecken in den Wintermonaten abschlägig beschieden. Die Anmietung einer adäquaten Halle würde Kosten in Höhe von ca. 928,00 € verursachen.

Eine Nachfrage beim zuständigen Fachbereich hat ergeben, dass derzeit keine freien Kapazitäten zur Verfügung stehen.

Beschluss:

Nach eingehender Beratung beschließt der Ortsgemeinderat wie folgt:

Alternativ stellt die Ortsgemeinde der Schützengesellschaft für Trainingszwecke in den Wintermonaten die alte Bahnhofsgaststätte zur Verfügung.

Strom und Wasser können gestellt werden, Heizung aber nicht.

Ein entsprechender Nutzungsvertrag müsste dann abgeschlossen werden.

Wegenutzungsvertrag im Rahmen der Breitbandversorgung ländlicher Räume

Sachverhalt:

Seit mehreren Jahren gehen die Bestrebungen der Verbandsgemeinde Obere Kyll dahin, die Ortsgemeinden, deren Internetzugang unzureichend ist, bei der Suche nach Alternativen für einen schnelleren Internetzugang behilflich zu sein.

Da sich dies als ein generelles Problem in strukturschwachen Gegenden herausstellte und sich die Telekommunikationsanbieter nur zögerlich dieser Problematik stellten, hat sich die Bundesregierung der künftigen Breitbandstrategie angenommen und dies unterstützend bis in die

Bundesländer im Rahmen einer Breitbandinitiative Ländlicher Räume getragen. Hier werden Ortsgemeinden, deren Haushalte im Durchschnitt unter 2 MBit/s angebunden sind, im Rahmen dieser Breitbandinitiative durch eine Förderung in Höhe von bis zu 90 % der Ausbaukosten unterstützt. Im Rahmen dieser Initiative wurde in den unterversorgten Ortsgemeinden nochmals eine schriftliche Befragung durchgeführt, die die unzureichende DSL-Anbindung nochmals erhärtete. Diese Befragung wurde auch in der Ortsgemeinde Jünkerath durchgeführt, jedoch mit dem Ergebnis, dass hier keine Unterversorgung im Sinne der Förderungskriterien vorliegt. Demzufolge besteht in der Ortsgemeinde Jünkerath keine Möglichkeit, die Fördermittel des Landes für einen Breitbandausbau in Anspruch zu nehmen.

Von Seiten des RWE ist den unterversorgten Ortsgemeinden jedoch angeboten worden, einen entsprechenden Breitbandausbau zu realisieren, indem man die Breitbandversorgung, beginnend ab dem Umspannwerk in Jünkerath, auf die entsprechenden Ortsgemeinden verteilt. Im Rahmen von Ausbauten von Kabeltrassen wurden bereits über einige Strecken Leerrohre mit verlegt, die nun auch zur Breitbandversorgung genutzt werden können. Jedoch bedarf es auch in der Ortsgemeinde Jünkerath eines Wegenutzungsvertrages, da auch auf dem Gemeindegebiet entsprechende Arbeiten erforderlich sind. Dies bezieht sich nach heutigem Kenntnisstand jedoch nur für die Leerrohrverlegung für die Anbindung der Ortsgemeinde Feusdorf, welche vom Umspannwerk parallel zur Kreisstraße K 70 auf der unbefestigten Seite erfolgen soll.

Der Wegerechtsvertrag sieht vor, die erforderlichen Erdarbeiten etc., die im Zusammenhang mit der Breitbanderschließung der unterversorgten Ortsgemeinden stehen, auf dem Gebiet der Ortsgemeinde Jünkerath durchzuführen.

Das zunächst von Seiten des RWE vorgelegte Vertragswerk ist durch die Verbandsgemeindeverwaltung Obere Kyll redaktionell überarbeitet worden und zur Überprüfung und Gegenzeichnung dem RWE vorgelegt worden.

Beschluss:

Nach eingehender Beratung beschließt der Ortsgemeinderat Jünkerath, den im Rahmen der Breitbanderschließung der unterversorgten Ortsgemeinden erforderlichen Wegenutzungsvertrag, in der redaktionell überarbeiteten Fassung durch die Verbandsgemeindeverwaltung Obere Kyll, mit dem RWE abzuschließen.

Sofern sich im Nachgang zu diesem Beschluss redaktionelle Änderungsanregungen von Seiten des RWE ergeben sollten, wird der Ortsbürgermeister ermächtigt, den Vertrag entsprechend abzuschließen.

Der Ortsgemeinderat verweist auf das Schreiben des Ortsbürgermeisters vom 07.07.2011. Sollten Rohrverlegungen erforderlich sein, so sind die Trassen begleitenden Verteilerstellen innerhalb der Ortsgemeinde mit Leerrohr anzubinden.

Abschluss eines neuen Straßenbeleuchtungsvertrages ab 01.01.2012

Sachverhalt:

Der Vorsitzende informierte der Ortsgemeinderat über die auslaufenden Straßenbeleuchtungsverträge mit der RWE Energie aus dem Jahr 1991. Ab 2012 wird es erforderlich, neue Beleuchtungsverträge abzuschließen. Da die kompletten Anlagen samt Netz und Zähleinrichtungen im Besitz der RWE sind, ist es sehr problematisch, die Leistungen im freien Wettbewerb auszuschreiben. Daher wurden Gespräche mit Vertretern der RWE geführt, um ein möglichst wirtschaftliches Angebot zu verhandeln. Im Ergebnis bietet die RWE Deutschland AG ein modular aufgebautes Preismodell an.

Grundlage des Angebotes ist eine Basisleistung mit allen für den ordnungsgemäßen Betrieb erforderlichen Leistungen. Wahlweise können Zusatzleistungen wie Mastanstrich, Vandalismus, Funktionskontrollen oder engere Reinigungsintervalle beauftragt werden. Bei Vertragsabschluss vor dem 31.10.2011 können die Preise des neuen Vertragsentwurfs rückwirkend zum 01.01.2011 gewährt werden. Der Vertrag soll eine Laufzeit bis zum 31.12.2021 haben und berücksichtigt, dass die Leuchten nach Ablauf der Vertragslaufzeit kostenfrei an die Ortsgemeinden übergehen. Das

Verteilnetz samt Zählerleinrichtungen usw. können dann zum Sachzeitwert vom RWE erworben werden.

Alternativ hierzu wäre es auch denkbar, die komplette Beleuchtungsanlage samt Netz und Zählerleinrichtungen nach den Bestimmungen des Altvertrages zum jetzigen Zeitpunkt zum Sachzeitwert zu erwerben und anschließend in Eigenregie zu betreiben. Hierbei muss beachtet werden, dass dann lediglich die in den letzten 5 Jahren vor Vertragsende erstellten Anlagen kostenfrei auf die Gemeinde übergehen. Dienstleistungen, wie Unterhaltungsarbeiten, Reparaturen, Erweiterungen, Reinigung, Leuchtmittelwechsel müssten an einen externen Dienstleister vergeben werden, was aber im freien Wettbewerb möglich wäre. Die RWE AG will hierzu der Ortsgemeinde noch den aktuellen Sachzeitwert mitteilen.

Beschluss:

Nach sehr eingehender Diskussion beschließt der Ortsgemeinderat:

- Den Beleuchtungsvertrag mit der RWE Deutschland AG wie folgt abzuschließen:
 - Modul 2: Mastanstrich- und Sanierung in regelmäßigen Zeitabständen
 - Modul 3: Vandalismus (wird von der Verwaltung dringend empfohlen)

Teilnahme an der 3. Bündelausschreibung Strom des Gemeinde- u. Städtebund

Sachverhalt:

Der Vorsitzende informierte den Ortsgemeinderat über das Schreiben der Verwaltung vom 08.09.2011. Danach beabsichtigt der Gemeinde- und Städtebund eine weitere Bündelausschreibung für die Stromlieferung der angeschlossenen Gemeinden durchzuführen. Der Liefervertrag mit dem RWE läuft Ende 2012 aus, sodass die Stromlieferung für die Jahre 2013 bis einschl. 2016 Gegenstand der Ausschreibung sein wird. Aufgrund der kleinen Gebietseinheiten ist derzeit ein wirtschaftlicher Strombezug nur über eine Bündelausschreibung zu gewährleisten. Nach einer möglichen Kommunalreform könnten die dann entstehenden Einheiten ggf. so groß sein, dass eine eigene Ausschreibung Sinn macht. Bis dahin empfiehlt die Verwaltung, sich der 3. Bündelausschreibung anzuschließen, um gemeinsam ein wirtschaftliches Ergebnis zu erzielen.

Beschluss:

Nach eingehender Diskussion beschließt der Ortsgemeinderat, sich an der 3. Bündelausschreibung zu beteiligen und beauftragt die Verwaltung, alle weiteren Schritte hierfür in die Wege zu leiten. Der zu liefernde Strom soll folgenden Kriterien entsprechen:

- Normalstrom (Mix aus versch. Quellen)

Zweckvereinbarung zwischen der OG Jünkerath und den OG Esch, Feusdorf, Gönnersdorf und Schüller über die Aufnahme der Kinder und Aufteilung der ungedeckten Kosten - Beratung und Beschlussfassung über Änderung der Vereinbarung

Sachverhalt:

Zwischen der Ortsgemeinde Jünkerath und den Ortsgemeinden Esch, Feusdorf, Gönnersdorf und Schüller besteht eine Zweckvereinbarung über die Aufnahme der Kinder aus den v. g. Ortsgemeinden und die Aufteilung der ungedeckten Kosten. Hinsichtlich der Regelungen in § 3 dieser Zweckvereinbarung hat sich nun herausgestellt, dass diese Vereinbarung nur die Kameralistik berücksichtigt und die Doppik nicht korrekt darstellt. Unter Berücksichtigung des § 60 Verwaltungsverfahrensgesetzes kann eine Vertragspartei die Anpassung des Vertragsinhaltes an die geänderten Verhältnisse, hier: Einführung Doppik, verlangen, wenn das Festhalten an der ursprünglichen Regelung nicht zuzumuten ist. Vorliegend muss man davon ausgehen, dass dies der Fall ist. Ein entsprechender Entwurf der Zweckvereinbarung liegt diesem Beschluss als Anlage bei.

Neben kleineren redaktionellen Änderungen umfasst die Änderung vor allem § 3 der Zweckvereinbarung, welcher kürzer und einfacher gefasst wurde. Nach dem vorgelegten Entwurf sind im Unterschied zu der vorherigen Regelung nun auch die Abschreibungen bei der Berechnung der Sachkosten zu berücksichtigen. Des Weiteren wird festgehalten, dass eine Investitionskostenbeteiligung ausgeschlossen wird.

Dieser Entwurf wurde bereits intensiv mit der Kommunalaufsicht bei der Kreisverwaltung Vulkaneifel abgestimmt, was letztendlich dazu geführt hat, dass die Zinsen für Investitionskredite bei der Kostenaufteilung zu berücksichtigen sind.

Beschluss:

Nach eingehender Beratung stimmt der Ortsgemeinderat der Zweckvereinbarung gem. Entwurf zu und beauftragt den Ortsbürgermeister diesen zu unterzeichnen.

Sanierung und Erweiterung der Kindertagesstätte Jünkerath - Zustimmung zum Bauvorhaben

Sachverhalt:

Der Vorsitzende unterrichtete den Ortsgemeinderat sehr eingehend über die zahlreichen Abstimmungsgespräche zwischen den betroffenen Ortsbürgermeistern, den Fachbehörden, dem Planer und der Verwaltung. Demnach besteht bzw. ergibt sich gemäß Prognose des Jugendamtes ein nicht unerheblicher Bedarf an U3 und U2 Plätzen, dem die Einrichtung derzeit nicht gerecht werden kann.

Daher wurden umfangreiche Untersuchungen bezüglich einer Erweiterung durchgeführt. Unter Berücksichtigung der Fördermöglichkeiten und der pädagogischen Erfordernisse stellte sich heraus, dass ein eingeschossiger Anbau an das vorhandene Gebäude die wirtschaftlichste Variante ist. Die ursprünglich vorgesehene „kleine Lösung“ müsste noch um eine Krippengruppe ergänzt werden, um den Bedarf an unter 2-jährigen Kindern zu decken. Weiterhin ist die energetische Sanierung der vorhandenen Gebäudefassade vorgesehen.

Die endgültige Planung wurde den betroffenen Gemeinderäten in einer Diskussionsrunde am 13.07.2011 im Feuerwehrgerätehaus Jünkerath sehr eingehend erläutert.

Die Gesamtkosten belaufen sich nach Berechnungen des Architekturbüro Lenartz / Lenartz & Partner auf rund 768.000 € inkl. Einrichtung und energetischer Sanierung am Bestand. Dem gegenüber steht eine mögliche Landes- bzw. Kreisförderung von rund. 253.000 €.

Gemäß Vertragsentwurf zur Zweckvereinbarung sind die nicht durch Zuschuss gedeckten Aufwendungen gemäß Verteilungsschlüssel (KiTa Kinder / Einwohner) von den betreffenden Ortsgemeinden zu übernehmen.

Im Bereich der Investitionen sind die Abschreibungen und Darlehenszinsen der nicht durch Zuschuss gedeckten Kosten ebenfalls gemäß Verteilerschlüssel zu übernehmen.

Dadurch ergibt sich für das Jahr der Gebäudesanierung für die einzelnen Ortsgemeinden eine etwa doppelt so hohe Belastung wie in normalen Jahren. Ab dem Folgejahr beläuft sich die Mehrbelastung dann noch auf rund 20% wegen der Abschreibung und Verzinsung. Die Abschreibung variiert von 15 Jahren bei Einrichtungsgegenständen bis zu 80 Jahren beim Gebäude

Beschluss:

Nach sehr eingehender Diskussion erkennt der Ortsgemeinderat die Notwendigkeit der Maßnahme und stimmt dem Bauvorhaben in der vorgestellten Fassung zu. Sobald die Zustimmungserklärungen vorliegen, wird die Verwaltung beauftragt, die erforderlichen Förderanträge zu stellen.

Eisenmuseum Jünkerath – beabsichtige Schließung durch den Landkreis Vulkaneifel

Sachverhalt:

Der Vorsitzende informierte den Ortsgemeinderat sehr ausführlich über den aktuellen Sachstand und über die bisherigen Bemühungen seitens der Ortsgemeinde, der Verwaltung und der interessierten Vereine, damit das Eisenmuseum in Jünkerath erhalten bleibt.. Er informierte den Rat auch über die verschiedenen Gespräche mit der Kreisverwaltung und insbesondere über das letzte Gespräch mit Herrn Landrat Onnertz.

Beschluss:

Nach sehr eingehender Beratung beschließt der Ortsgemeinderat, zur Erhaltung des Eisenmuseums den Antrag einer Stiftung zu stellen.